



Pressemitteilung - 03.05.2021

## Kfz-Gewerbe Bayern: Öffnungsperspektive muss endlich kommen

**Präsident Vetterl: „Brauchen konkreten politischen Fahrplan zurück zur Normalität“**

**München.** Das bayerische Kraftfahrzeuggewerbe mit seinen sieben Innungen kritisiert die neuen Corona-Regelungen als Folge der „Bundesnotbremse“ scharf: „Unsere rund 7.000 Kfz-Innungsbetriebe brauchen endlich eine belastbare Öffnungsperspektive. Stattdessen werden wir von der Politik weiter gegängelt“, sagte Albert Vetterl, Präsident und Landesinnungsmeister des bayerischen Kraftfahrzeuggewerbes.

„Die bayerische Staatsregierung hat mit den neuen Regeln zur Durchführung der ‚Bundesnotbremse‘ die Lage für unsere mittelständisch geprägten Betriebe weiter verschlimmert. Statt der angekündigten Verbesserungen für Handwerksbetriebe müssen die bayerischen Kfz-Innungsbetriebe nun komplizierte, praxisferne und nicht alltagstaugliche Regeln ertragen“, sagte Vetterl. „Die Staatsregierung setzt damit viele der rund 140.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze im bayerischen Kraftfahrzeuggewerbe aufs Spiel.“

Selbst das RKI verweise jedoch darauf, dass Autohäuser aufgrund der riesigen Flächen und erprobten Hygienekonzepte keine Infektionstreiber seien. Nach dem sehr schwierigen Jahr 2020 sowie dem schlechten wirtschaftlichen Start und dem verlorenen Frühjahrsgeschäft 2021 gehe den Betrieben zusehends die Luft aus, sagte Vetterl. „Es ist endlich Zeit für einen konkreten politischen Fahrplan zurück zur Normalität, statt mit völlig lebensfremden Regeln immer weiter einen Irrgarten aufzubauen.“